

- PRESSEMITTEILUNG -

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erreicht Sie eine Pressemitteilung des Schöneicher Ortsverbandes der Partei DIE LINKE. zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Entwicklung der Kommunalfinanzen und der Arbeit der rot-roten Landesregierung am 25. Januar 2011. Referent ist Dr. Helmuth Markov, Finanzminister und Stellvertretender Ministerpräsident des Landes Brandenburg. Für Nachfragen wenden Sie sich bitte per eMail unter dielinke-schoeneiche@gmx.de oder telefonisch unter 0160/94728907 an mich.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz R. Viertel
Mitglied des Vorstandes
DIE LINKE. Schöneiche bei Berlin

Angesichts des ersten defizitären Haushaltes seit Jahren steht die Gemeinde Schöneiche bei Berlin 2011 vor einem Haushaltssicherungskonzept mit harten Einschnitten im Bereich der freiwilligen sozialen Leistungen.

In einer Fortsetzungssitzung beschloss die Gemeindevertretung am 12. Januar 2011 nun zudem die Erarbeitung eines Nachtragshaushaltes, in dem trotz roter Zahlen der Neubau von Rathaus und Gymnasium sowie die Sanierung des Jägergrabens enthalten sein sollen. Das bedeutete Neuschulden von über 7 Millionen Euro.

Bürgermeister Heinrich Jüttner schiebt derweil jegliche Verantwortung für die chaotische Haushaltspolitik von sich.

Stattdessen attackiert er in seinen Pressemitteilungen die Finanzpolitik der Brandenburger Regierungsparteien SPD und DIE LINKE, spricht von gebrochenen Wahlversprechen.

Währenddessen macht sich der LINKEN-Finanzminister und Stellvertretende Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Helmuth Markov, Gedanken zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen.

Bei einer Veranstaltung des Ortsverbandes DIE LINKE. Schöneiche bei Berlin, am Dienstag, den 25. Januar 2011, ab 18 Uhr im Helga-Hahneemann-Haus (Rüdersdorfer Straße 65, 15566 Schöneiche bei Berlin) stellt der Minister seine Maßnahmen für die Finanzierung der Kreise, Städte und Gemeinden vor.

Anschließend steht er für Fragen und Diskussionen zu diesem und anderen Aspekten der rot-roten Landespolitik zur Verfügung.

Anhängerinnen und Anhänger der NPD und anderer rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen sind von der Veranstaltung ausgeschlossen. Die Veranstalterin macht von ihrem Hausrecht Gebrauch.